

PRESSEMITTEILUNG

Presse- / Informationszentrum IUD

Bonn, 29. September 2023

Maßnahme zur PFAS-Gefahrenabwehr auf dem NATO-Flugplatz in Geilenkirchen beginnt

Zur Bekämpfung von Flüssigkeitsbränden (z.B. Kerosin) wurden in der Vergangenheit durch Feuerwehren (zivil wie militärisch) Feuerlöschmittel eingesetzt, die per- und polyfluorierte Alkylsulfonate (PFAS) enthalten.

Da die Verwendung und zulässige Höchstkonzentration einzelner PFAS in Löschmitteln heute u.a. auf europäischer Ebene einheitlich reguliert sind und bei erforderlichen Einsätzen der Löschmittel umgehend Sofortmaßnahmen zur Vermeidung von Kontaminationen eingeleitet werden, gehen die heutigen Boden- und Grundwasserbelastungen größtenteils auf die Nutzung von Löschschäumen vor Bekanntwerden der Umweltrelevanz von PFAS und vor Inkrafttreten der entsprechenden Verordnungen zurück – so auch am NATO-Standort Geilenkirchen.

Die Bundeswehr hat als Dienstleister für die NATO Air Base Geilenkirchen und als hausverwaltende Dienststelle die Kontaminationsbearbeitung auf der Liegenschaft übernommen. Die Federführung liegt dabei beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), das durch das Niedersächsische Landesamt für Bau und Liegenschaften (NLBL) in seiner Eigenschaft als Leitstelle des Bundes für Boden- und Gewässerschutz unterstützt wird. Darüber hinaus findet ein enger Austausch und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sowie den zuständigen Stellen des Landkreises Heinsberg statt.

Wie bereits öffentlich bekanntgegeben, wurden durch umfangreiche Boden- und Grundwasseruntersuchungen auf der NATO Air Base sowie in deren Umfeld PFAS-Kontaminationen im Erdreich des ehemaligen Feuerlöschübungsbeckens festgestellt.

Um zu verhindern, dass PFAS-belastetes Grundwasser aus dem Bereich des Feuerlöschübungsbeckens die Liegenschaft verlässt und sich die Schadstofffahne weiter ausbreitet, finden zur Zeit Vorbereitungsarbeiten für eine so genannte Abstromsicherung des Grundwassers statt. Diese Abstromsicherung ist eine durch die Bundeswehr initiierte Maßnahme.

Dabei werden im Grundwasserabstrom des Feuerlöschübungsbeckens drei Sicherungsbrunnen errichtet, über die zum Zweck der Sanierung kontinuierlich Grundwasser entnommen wird. Die konstante Grundwasserentnahme führt dazu, dass das belastete Grundwasser auf die Entnahmekunnen zufließt. Das dort geförderte Grundwasser wird in einer Grundwasseraufbereitungsanlage gereinigt und anschließend über eine Kiesrigole wieder im Bereich des Feuerlöschübungsbeckens versickert. Dies wiederum intensiviert die Auswaschung der PFAS aus dem Boden in das in Richtung Abstromsicherung fließende Grundwasser.

Zur Errichtung der für die Abstromsicherung benötigten Brunnen haben nun die Bohrarbeiten begonnen, welche voraussichtlich bis zum 31.10.2023 abgeschlossen sein werden.



**BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR**

Fontainengraben 200
53123 Bonn

Tel. +49 (0) 228 5504-5522
Fax +49 (0) 228 5504-5752

WWW.BUNDESWEHR.DE

Von dieser Maßnahme werden die Untersuchungen weiterer Flächen, für die ein hinreichender Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung besteht, nicht tangiert.

Das bereits von der Bundeswehr beauftragte und seit April dieses Jahres vorliegende hydrogeologische Modell zur Darstellung der komplexen geologischen und hydrogeologischen Situation soll zeitnah durch die Entwicklung eines Grundwasserströmungsmodells ergänzt werden. Hierbei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreis Heinsberg, dem Erftverband, dem Verbandswasserwerk Gangelt sowie Vertretern der Provinz Limburg (Niederlande). Auf Basis dieses Modells könnten zukünftig mögliche Transportwege von PFAS im Grundwasser abgeleitet und mit Hilfe dieser Informationen z.B. weitere mögliche Gefahrenabwehrmaßnahmen geplant oder überprüft werden.

Erreichbarkeiten für mögliche Rückfragen von Seiten der Medien:

1. Pressezentrum Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen (PIZ IUD) im BAIUDBw:
piziud@bundeswehr.org
2. Pressestelle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben:
presse@bundesimmobilien.de